



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Franz Bergmüller, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

**„Afuera!“ für strukturelle Entlastung: Statt Paragraphen-Klein-Klein echte Bürokratieabschaffung auf allen Ebenen umsetzen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Bürokratiebelastung durch „Klima“-Regulierungen und einen ausufernden Nanny-Staat in den letzten Jahren auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene stetig zugenommen hat. Dies führt dazu, dass wertschöpfende Unternehmen massiv Stellen abbauen, ins Ausland abwandern und es ist ein maßgeblicher Grund dafür, dass sich die deutsche und bayerische Wirtschaft seit 2018 in einer strukturellen Dauerrezession befindet.

Der Landtag befürwortet daher jede Initiative zum Bürokratieabbau auf allen Regierungsebenen. Er stellt jedoch fest, dass der Zeitpunkt für kleinteilige Entlastungsmaßnahmen wie Moratorien, Schwellenwertanhebungen oder Paragraphen-Abschwächungen längst überschritten ist. Für eine echte und spürbare Entlastung der Bürger und Unternehmen bedarf es der rigorosen Abschaffung zahlreicher Bürokratiemonster, die in den letzten Jahren durch die EU, den Bund und die Staatsregierung geschaffen wurden. Nur so kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft wiederhergestellt werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert auf Landesebene:

- das Bayerische Klimaschutzgesetz abzuschaffen,
- den Solardachzwang abzuschaffen (durch Streichung des Art. 44a „Solaranlagen“ aus der Bayerischen Bauordnung),
- den Bayerischen Wassercent nicht einzuführen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:

- das Lieferkettengesetz abgeschafft wird,
- das Bundesklimaschutzgesetz abgeschafft wird,
- das Energieeffizienzgesetz abgeschafft wird,
- das Nachweisgesetz abgeschafft wird,
- das Hinweisgeberschutzgesetz abgeschafft wird,
- das Gebäudeenergiegesetz abgeschafft wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass:

- das Verbrenner-Verbot abgeschafft wird,
- die EU-Taxonomie abgeschafft wird,
- die CSRD-Richtlinie abgeschafft wird,
- die Lieferketten-Richtlinie (CSDDD) abgeschafft wird,
- die Energieeffizienzrichtlinie (EED) abgeschafft wird,
- die Gebäuderichtlinie (EPBD) abgeschafft wird,
- der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) abgeschafft wird,
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) befreit und diese für mittelgroße Unternehmen entschärft wird.

### **Begründung:**

Die deutsche und bayerische Wirtschaft befindet sich nicht in einer „konjunkturellen Flaute“, sondern in einer tiefgreifenden strukturellen Dauerrezession. Der preisbereinigte BIP-Index (BIP = Bruttoinlandsprodukt) liegt 12 Prozentpunkte unter dem Vorkrisentrend (2009–2017), und der Realindex der Industrieproduktion ist sogar um über ein Viertel niedriger als der Vorkrisentrend (Destatis, 2024).

Über vier Fünftel des deutschen Mittelstands bezeichnen die Bürokratiebelastung als das mit Abstand größte Problemfeld (DZ Bank, 2024). Die jährlichen Bürokratiekosten für die heimische Wirtschaft werden mittlerweile auf 66 bis 146 Mrd. Euro geschätzt (NKR, 2024; ifo Institut, 2024). Pro kleines oder mittelständisches Unternehmen entspricht dies einer Belastung von 12.500 bis 28.300 Euro jährlich (BIHK, 2023).

Eine Umfrage zeigt, dass der Großteil der Befragten (40,7 Prozent) die CDU/CSU für die hohe Bürokratiebelastung verantwortlich machen. An zweiter Stelle folgen die Grünen (28 Prozent), gefolgt von der SPD (16,2 Prozent) (INSM, 2024). Unter der CDU/CSU-geführten Großen Koalition vervierzehnfachten sich die Kosten des jährlichen Erfüllungsaufwands zwischen 2011 und 2022; unter der Ampel-Regierung haben sie sich in deutlich kürzerer Zeit verdoppelt (NKR, 2024).

In Bayern stieg die Zahl der Rechtsnormen während der CSU/FW-geführten Legislaturperiode (2018–2023) um 6,4 Prozent, was einem jährlichen Anstieg von 1,3 Prozent entspricht – doppelt so hoch wie der Anstieg auf Bundesebene. Beispiele für kosten-treibende Bürokratiemonster der CSU/FW-Regierung sind unter anderem das Bayerische Klimaschutzgesetz und die Solardachpflicht.

Obwohl die CSU/FW-geführte Staatsregierung jährlich 1,6 Mio. Euro Steuergelder (Haushaltsplan 2024/2025) für zahlreiche Versorgungsposten unter dem Deckmantel des vermeintlichen Bürokratieabbaus ausgibt, konnte sie auf eine Schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion vom 01.11.2024 keine einzige dadurch erfolgreich durchgeführte Bürokratieabbaumaßnahme benennen.

Echter Bürokratieabbau erfordert mutige Maßnahmen, wie sie der libertäre Präsident von Argentinien, Javier Milei, zeigt. Seit seiner Amtseinführung im Dezember 2023 hat er über 670 Rechtsnormen abgeschafft – durchschnittlich 1,8 pro Tag (Cato Institute, 2024). Ein weiteres Beispiel ist das von Elon Musk und Vivek Ramaswami geleitete Department for Government Efficiency, das unter der kommenden republikanischen Präsidentschaft von Donald Trump die staatliche Regulierung halbieren will (WSJ, 2024).

Diese Ansätze sollten als Vorbild für echte Bürokratieabschaffung statt kleinteiligem Bürokratieabbau in Bayern und Deutschland dienen, um wirtschaftliche Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.

